

Vorsitzender Seitz wünscht Aufklärung, warum sich die Kreditanstalt an den Geschäften der „Dezeg“ engagiert habe, aus denen sie eventuell schwere Verluste befürchten mußte.

Präsident der „Dezeg“ Dr. Brosche antwortet, daß das Risiko der Kreditanstalt durch die 5-Millionen-Garantie und durch die von der „Miles“ übernommenen Reserven gedeckt sei. Sie habe wiederholt Anträge auf Verstaatlichung des Unternehmens gestellt, neuestens am 25. Mai d. J., seither schwebten darüber Verhandlungen.

Sofrat Mattheusche stellt fest, daß Ministerium habe befürchtet, daß eine Verstaatlichung und die Kontrolle des Finanzministeriums die Elastizität, die kommerzielle Tätigkeit des Unternehmens behindern werde und habe daher von einer Verstaatlichung abgesehen. Der gegenwärtige Vertrag stelle sich als ein Kompromiß zwischen den Interessen des Staates und der Bank dar.

Die Fettversorgung Wiens.

Genossenschaftsvorsteher Vierböck erinnert an die Kämpfe der Wiener Fleischhändler gegen die Preisforderungen der Schweinefleischhändler und verweist auf die Ergebnisse der bei den Wiener Fleischhändlern vorgenommenen Fettaufnahmen, durch die der Beweis erbracht wurde, daß die gegen die Fleischhändler erhobenen Vorwürfe, sie halten Fett in vermaurerten Kellern zurück, ungerechtfertigt waren. Regierungsverordnung, betreffend den Höchstpreis für Schweinefleisch und Fettprodukte, habe zur Folge gehabt, daß Ungarn überhaupt kein Schwein mehr schickte. Infolgedessen haben sich die Wiener Fleischhändler genötigt, nach Budapest zu fahren und dort Schweine zu höheren Preisen zu kaufen. Dafür wurden sie bestraft, indem man ihnen den Schweinebezug aus Ungarn gänzlich unterband und der „Dezeg“ das alleinige Recht gegeben hat, Schweine in Ungarn zu kaufen, zu schlachten und Fleisch und Fett an die Fleischhändler abzugeben. Er ersucht um Aufklärung über die Ursache, warum die „Dezeg“ nicht in Wien Schweine, bzw. Fett aus Ungarn zu bringen, während dies der Vieh- und Fleischverwertungsstelle, der im Herbst 1917 dieses Geschäft übertragen wurde, gelungen sei. Schließlich beschwert er sich über die Beschaffenheit der aus Rumänien gelieferten Schweine.

Verwaltungsrat Wlger polemisiert gegen Abg. Dr. Ferjabel und sagt, es sei gelungen, an dem Orte von Exposituren der reichsdeutschen Einkaufsgesellschaft in einer Reihe ausländischer Städte Vertretungen der österreichischen Einkaufsgesellschaft zu errichten, die in vollkommen paritätischer Weise den Einkauf und die kaufmännischen Interessen für Oesterreich wahrnehmen konnten. Nach anfänglichen Reibungen stehen die beiden Organisationen, die österreichische wie die reichsdeutsche Einkaufsgesellschaft heute im besten Einvernehmen. Ein Mangel an Kapital habe sich für die „Dezeg“ nicht in einem einzigen Falle ergeben. Die österreichische Kreditanstalt habe sich an die begrenzte Summe von 50 Millionen nicht gehalten, sondern jeweils diejenige Summe zur Verfügung gestellt, die zur Erfassung notwendiger Artikel im Auslande gebraucht wurde. Zeitweise sei ein Kredit von 250 bis 270 Millionen in Anspruch genommen worden. So sei es möglich geworden, alles, was Deutschland erfasst hat, auch schlüsselmäßig für Oesterreich zu erreichen.

Verwaltungsrat Zemberger bemerkt, man habe beim Sauerkraut mit einem Gewichtverluste von ungefähr 10 Prozent gerechnet, in Wirklichkeit betrug er insgesamt nur 4½ Prozent. Er gibt zu, daß bei der Versendung des Krautes nicht die notwendige Sorgfalt angewendet wurde. Die eingeführte Menge stelle jedoch einen Rekord dar und habe auch im Frühsommer d. J. über die gefährlichsten Klippen hinweggeholfen.

Experte Kommerzialrat Reins stellt, was den Kolonialwarenhandel anbelangt, der „Dezeg“ ein sehr günstiges Zeugnis aus, beschwert sich aber über die schleppende Erledigung bei dem Einvernehmen zwischen den beteiligten Ministerien und über die Verteilung durch das Ernährungsamt; bei Aufstellung eines Turnus könnte es vermieden werden, daß gewisse Artikel durch Monate kaum fünf Prozent der Bevölkerung zugänglich gemacht wurden.

Für die nichtorganisierten Konsumenten.

Experte Handelskammerrat Pabst konstatiert als Vorsteher der nichtprotokollierten Handelsleute und Vertreter des Kleinhandels, bei den freiwilligen Raportierungen habe sich gut die Hälfte der Bevölkerung beim freien Detailhandel raportieren lassen, gehöre also zu den nichtorganisierten Konsumenten. Darnach hätte sich auch für die von der „Dezeg“ bewirtschafteten Waren der Aufstellungsschlüssel richten müssen. Der vom Ernährungsamt festgelegte Schlüssel bedeute eine außerordentliche Härte gegenüber der nichtorganisierten Bevölkerung und den kleinen Geschäftsleuten. Bei Käse, Kondensmilch, Fischkonserven, Salami u. dgl. aber erfolge die Verteilung nach einem förmlichen Rangklassenschema. Die oberste Rangklasse bilden die Angestellten der Zentralen selbst. Er fordert eine intensivere Kontrolle der Verteilung und der Preisbildung.

Experte Ebersch erklärt, daß die Konsumentenorganisationen zu Beschwerden gegen die „Dezeg“ im allgemeinen keine Ursache haben. Im selben Sinne spricht Expertein Frau Freund-Murek.

Abg. Dr. Ferjabel fragt, ob nicht bedeutende Quantitäten von Zucker und Petroleum, die Oesterreich als Kompensationsartikel geliefert hat, statt in das Ausland nach Ungarn kamen, so daß Oesterreich nur als Zucker- und Petroleumlieferant fungierte.

Verwaltungsrat Zemberger erörterte

das Eiergeschäft der „Miles“

und bedauert, daß österreichische Kompensationsartikel nicht immer der österreichischen Approvisionierung zugute gekommen sind.

Vorsitzender Seitz begrüßt den als Vertreter des Magistrates der Stadt Wien erschienenen Magistratsrat Doktor Wanschura.

Sektionschef M. v. Simonelli berichtet über seine Untersuchung der Wiener Eiernot im Mai 1916. Er habe die Einleitung einer offiziellen Untersuchung der Eiergebarung der „Miles“ verlangt. Am selben Tage sei er aber von der Führung der Approvisionierungsgeschäften entbunden worden und habe daher nicht die Möglichkeit gehabt, die Angelegenheit weiter zu verfolgen.

Magistratsrat Dr. Wanschura gibt an der Hand der von der Gemeinde Wien an den Ministerpräsidenten Grafen Starck, das Armeekorpskommando und den Minister des Innern im Mai 1916 überreichten, eingehend motivierten Denkschrift über die Geschäftsgebarung der „Miles“, namentlich auf dem Gebiete der Eierverteilung in Wien, Aufschlüsse. Er verweist insbesondere auf die beim Magistrat zahlreich eingelaufenen Beschwerden über die wahllose Ausgabe von Transportscheinen an Personen, die sogar den als Beratungsorgane fungierenden sachverständigen Eierhändlern unbekannt waren, was die Vertreter der „Miles“ in einer am 17. April 1916 abgehaltenen Sitzung selbst zugeben mußten. Eine Liste der in der Zeit von Anfang März bis Mitte Mai 1916 mit Eiern von der „Miles“ befestigten Händler sei dem Magistrat niemals zugekommen und daher sei das Verlangen nach Ermittlung, wohin die Eier gelangten, vom Magistrat niemals abgelehnt worden. Redner habe in einer im Ministerium des Innern am 13. Mai 1916 abgehaltenen Sitzung schließlich gegen die Uebernahme der Verteilung der Eier

durch die Gemeinde Wien Stellung genommen, hingegen hinsichtlich der Nachforschungen, wohin die Eier gelangten, und auf die Schwierigkeiten mit Rücksicht auf die mittlerweile verfllossene Zeit aufmerksam gemacht. Die Aktion gegen die Miles sei nicht bloß auf Einschreiten der Handelskammer, sondern insbesondere auf Grund eines einstimmigen Beschlusses der Obmannkonferenz des Wiener Gemeinderates erfolgt, in der sämtliche Gemeinderatsparteien vertreten waren.

Verwaltungsrat Zemberger behauptet, daß die Umwandlung der Miles in die Dezeg ein freiwilliger Akt gewesen sei und daß ausschließlich Mitglieder des Vereines der Eierhändler in Wien Eier von der Miles bezogen hätten.

Handelskammerrat Pabst bemerkt, daß in der kritischen Zeit des Frühjahres 1916 die Beschwerden gegen das Vorgehen der „Miles“ bei der Zuweisung der Eier sehr zahlreich waren.

Verwaltungsrat Wlger protestiert gegen den Vorwurf der willkürlichen Verteilung der Eier.

Sektionsrat v. Horvat erklärt die Behauptung, daß wiederholt wichtige Lebensmittel als Luxusartikel zur Einfuhr nicht zugelassen worden wären, für nicht zutreffend.

Nach dem Schlußworte des Vorsitzenden Seitz und dessen Feststellung, daß berechtigte Beschwerden gegen die Gebarung der „Dezeg“ nicht vorgebracht worden seien, wird die Verhandlung geschlossen.

Nächste Sitzung morgen Donnerstag 10 Uhr vormittag. Tagesordnung: Petroleum,

Reichspost

26

Die „Dezeg“

Die Eierverteilung bei der „Miles“.

Die Kriegswirtschaftliche Kommission hat heute im Parlament die Verhandlung über die Gebarung der Oesterreichischen Zentraleinkaufsgesellschaft erledigt, die bekanntlich nach dem Eierkandal der „Miles“ gegründet worden ist. Diese Eiergeschäfte kamen auch in den heutigen Verhandlungen neuerlich durch den Bericht des Magistratsrates Dr. Wanschura in Erinnerung. An der Gebarung der „Dezeg“ würde sowohl betreffs der Fettversorgung als auch betreffs der eigenständigen Mängel der Sauerkrauttransporte Kritik geübt, ferner auch betreffs der ungleichen Verteilung namentlich der Kolonialwaren; besonders Handelskammerrat Pabst, der für die nichtorganisierten Konsumenten und für die kleinen Geschäftsleute mit Erfolg eintrat, schilderte diese Verteilungsart in drastischen Beispielen — die Kommission wird sich morgen mit der Bewirtschaftung des Petroleums befassen.

Vorsitzender Seitz bringt zunächst aus einer gestern vorgelegten Publikation zur Entleerung der österreichischen Einkaufsgesellschaft eine Reihe von ergänzenden Feststellungen über die geschichtliche Entwicklung der Einkaufsorganisation zur Kenntnis der Kommission.

Verwaltungsrat Wlger behauptet, daß die „Dezeg“ das seitens Ungarn zugebilligte Kontingent bis auf das letzte Schwein und das letzte Kilogramm Fett nach Oesterreich gebracht habe. Auch die Vieh- und Fleischverwertungsstelle stehe den Verhältnissen in Ungarn nachlos gegenüber. Es bestehe eben in Ungarn nicht die Neigung, Fettstoffe an Oesterreich abzugeben.

Die Sauerkraut-Einfuhr.

Vorsteher des Reichsverbandes der österreichischen Sauerkrauterzeuger Kapferl erklärt, der Vorwurf, daß im vorigen Jahre große Massen holländischer Sauerkrauts in vorbörsenem Zustande eingeführt seien, sei ungerechtfertigt. In der Ukraine haben die Delegierten der österreichischen Zentraleinkaufsgesellschaft in den von der Gesellschaft bewirtschafteten Artikeln bis zum 31. August einen Import von 40 Millionen Kronen durchgeführt.